

# Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen

---

## Protokoll

Sitzungsnummer: SG/SGR/015/24

über die Sitzung des Samtgemeinderates am 22.02.2024

Beginn: 19:00 Uhr  
Ende 20:55 Uhr  
Ort: Forum des Schulzentrums in Bruchhausen-Vilsen

### Anwesend:

#### **stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Johann-Dieter Oldenburg  
Frau Silke Asendorf  
Herr Lars Bierfischer  
Herr Dieter Bischoff  
Herr Bernd Bormann  
Frau Cathrin Brümmer  
Frau Martina Claes  
Herr Torben Garbers  
Herr Alexander Grafe  
Frau Hildegard Grieb  
Herr Jens Grimpe  
Frau Sieglinde Huber  
Herr Peter Hühne  
Herr Willy Immoor  
Herr Heinrich Klimisch  
Herr Fabian Mestwerdt  
Herr Wilken Meyer  
Herr Hermann Meyer-Toms  
Frau Marlies Plate  
Frau Nicole Reuter  
Herr Hauke Sander  
Herr Ulf-Werner Schmidt  
Herr Bernd Schneider  
Herr Hermann Schröder  
Frau Claudia Staiger  
Herr Frank Tecklenborg  
Herr Torsten Tobeck  
Herr Dr. Rudolf von Tiepermann  
Herr Andree Wächter

#### **Verwaltung**

Herr Torsten Beneke  
Frau Christa Gluschak

Herr Hannes Homfeld  
Herr Volker Kammann  
Herr Niklas Reich  
Frau Uta Seim-Schwartz  
Frau Cattrin Siemers

**Abwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Michael Albers  
Frau Katja Lamke  
Herr Lars Tecklenborg  
Herr Thomas Warnke

## Öffentlicher Teil

### Punkt 7:

#### **Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Herr Oldenburg begrüßt die Anwesenden und eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung des Samtgemeinderates fest.

### Punkt 8:

#### **Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die 14. Sitzung vom 14.12.2023**

Gegen Form und Inhalt des öffentlichen Teils des Protokolls der 14. Sitzung vom 14.12.2023 werden keine Bedenken erhoben. Das Protokoll wird genehmigt.

**Ja: 25 Nein: 0 Enthaltungen: 4**

### Punkt 9:

#### **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger regt an, den Beschluss zu neuen Windenergieanlagen in Martfeld zu verschieben, da seiner Auffassung nach die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend beteiligt und über Entschädigungsansprüche aufgeklärt worden seien. Herr Bormann weist anschließend darauf hin, dass die Gemeinde Martfeld als zuständige Gemeinde in der nächsten Woche zu dem Thema tagen werde.

### Punkt 10:

#### **Ernennungen von Ehrenbeamten im Bereich Feuerwehr und Brandschutz**

##### **Vorlage: SG-0178/24**

Herr Andreas Steen, Pattacker 4, 27305 Bruchhausen-Vilsen, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bruchhausen-Vilsen in der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen für den Zeitraum ab dem 22. Februar 2024 bis zum 21. Februar 2030 ernannt.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Herr Rolf Benger, Breite Straße 17, OT Süstedt, 27305 Bruchhausen-Vilsen, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis erneut zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Süstedt in der Freiwilligen Feuerwehr Bruchhausen-Vilsen für den Zeitraum ab dem 01. April 2024 bis zum 31. März 2030 ernannt.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Herr Axel Wendt, Otersen 4, OT Ochtmannien, 27305 Bruchhausen-Vilsen, wird auf eigenen Wunsch vorzeitig zum 22. Februar 2024 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretender Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Ochtmannien entlassen.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Die kommissarische Wahrnehmung der Aufgaben des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Ochtmannien ab dem 23. Februar 2024 durch Herrn Mirco Diepenbruck, Alter Heerweg 22, OT Ochtmannien, 27305 Bruchhausen-Vilsen, wird zur Kenntnis genommen.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

### **Punkt 11:**

#### **Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2024**

**Vorlage: SG-0163/23**

Herr Bormann dankt seinen Kolleginnen und Kollegen sowie den Fraktionen für die fairen Beratungen und die gute Zusammenarbeit. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nun bereits das zweite Jahr in Folge der Haushalt nicht ausgeglichen werden könne. Das eigentliche Defizit sei noch viel größer. Er Sorge sich um die finanzielle Zukunft der Samtgemeinde und bittet den Rat eindringlich, die freiwilligen Leistungen und die Priorisierung der investiven Maßnahmen zielorientiert zu prüfen.

Die finanziellen Probleme zwischen der Samtgemeinde und ihren Mitgliedsgemeinden müssten umgehend angegangen werden. Andernfalls seien die anstehenden Investitionen bereits ab 2026 gefährdet. Trotzdem seien diese durch Bund und Land vorgeschrieben und müssten umgesetzt werden.

Anschließend erteilt Herr Oldenburg den Fraktionsvorsitzenden das Wort.

#### **SPD-Fraktion:**

Auch Herr Grimpe schätzt die weitestgehend streitfreie und faire Diskussionskultur unter den Fraktionen. Er macht die Sanierung der Schulen und den Ausbau des Ganztagesangebotes als Hauptpunkt des Haushaltes aus. Gleichzeitig hinterfragt er, wie lange sich die Samtgemeinde freiwillige Leistungen wie die Bäder und die Eisbahn noch leisten könne, wenn sie selbst anders als die Mitgliedsgemeinden kaum eigene Einnahmen habe.

Abschließend dankt Herr Grimpe auch der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und erklärt, dass die SPD dem Haushalt zustimmen werde.

#### **CDU-Fraktion:**

Herr Klimisch bezieht sich auf die mahnenden Worte von Herrn Bormann in Bezug auf die defizitäre Haushaltslage. Es müssten Ausgaben, insbesondere freiwillige, gesenkt oder Einnahmen über die Samtgemeindeumlage erhöht werden, um die anstehenden Investitionen bewältigen zu können. Er fordert, dass die Politik bis zum Sommer geklärt haben sollte, wie sie mit der Situation weiterumgehen wolle. Auch eine offene Diskussion über die Einheitsgemeinde gehöre für ihn dazu.

Auch Herr Klimisch bedankt sich für die faire Diskussionskultur und teilt mit, dass die CDU dem Haushalt zustimmen werde.

Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Herr Schmidt bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und insbesondere auch für die Krisenbewältigung. Er macht deutlich, dass die Verwaltung bereits seit 2015 unter der Dauerbelastung vielfältiger Krisen arbeite und nun hinzukomme, dass nicht mehr alle Stellen besetzt werden könnten.

Auch bedankt er sich für die gute Vorbereitung des Haushaltes und die klaren Worte durch Herrn Bormann und Herrn Homfeld zu den Finanzproblemen der Samtgemeinde. Es sei nun Aufgabe der Politik diesen Worten Taten folgen zu lassen. Dazu müssten sich die Mitgliedsgemeinden und die Samtgemeinde miteinander intensiv auseinandersetzen.

Gleichzeitig fordert Herr Schmidt, dass die Samtgemeinde ihren Anspruch an ein familienfreundliches Umfeld aufrechterhalten sollte. Als Hauptproblem macht er die anwachsenden Vorgaben durch Bund und Land aus, deren Finanzierung oft auf kommunaler Ebene bewältigt werden müsse.

Zur Einsparung freiwilliger Leistungen gibt er zu bedenken, dass bei Kunst, Kultur, Bädern und Klimaschutz oft mehr dahinterstehe, als die bloße finanzielle Dimension. Es gehe um die Wohn- und Lebensqualität in der Samtgemeinde. Dies sei besonders wichtig für die Entwicklung der Samtgemeinde, da wenig Industrie vorhanden sei.

Sorge bereiten ihm auch die zunehmenden Auswirkungen des Fachkräftemangels und die Herausforderung, Stellenbedarfe überhaupt besetzen zu können. Dazu müsse die Samtgemeinde auch als Arbeitgeberin attraktiv sein und u.a. die Möglichkeiten zum Homeoffice ausbauen, Arbeitsplätze im Büro attraktiver gestalten und familienfreundliches Arbeiten auch in Teilzeit ermöglichen. Vorhandenem Personal müssten Perspektiven geboten, Personalbindung und -Entwicklung sowie die Akquise gestärkt werden.

Abschließend dankt Herr Schmidt der Verwaltung und den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit und teilt mit, dass seine Fraktion dem Haushalt zustimmen werde.

UWG-Fraktion:

Herr Tobeck erklärt, dass die UWG den Haushalt als deutliches Zeichen dafür sehe, dass es nicht so weitergehen könne wie bisher. Sämtliche freiwilligen Leistungen müssten überprüft werden. Bisher habe es dazu keine Einigung gegeben, da jede Einsparung auch mit Entbehrungen verbunden wäre und man sich nicht unbeliebt machen wolle. Er sehe jedoch keinen anderen Ausweg, da es in zwei bis drei Jahren zu spät sei.

Das Samtgemeindekonstrukt an sich sollte nicht gleich in Frage gestellt werden. Auch als Einheitsgemeinde sehe Herr Tobeck keine deutliche Verbesserung der Situation. Das entsprechende Gutachten zu der Thematik lasse weiter auf sich warten.

Große Defizite sieht er auch im Bereich der Grundschulen, Kindertagesstätten und der Feuerwehr. Er fordert eine Abgabe der Schulträgerschaft für die weiterführenden Schulen an den Landkreis zu prüfen.

Weiteres Sparpotenzial sehe er in dem Kommandoraum für den Katastrophenschutz, beim Rathausanbau und auch die Einnahmenverteilung der KFZ-Zulassung mit dem Landkreis müsse nach seiner Auffassung neuausgerichtet werden.

Das Projekt Kunst im Park habe zudem seinen Reiz verloren. Der Zuschuss in Höhe von 15.000 € könne ebenfalls eingespart werden. Auch der Landkreis benötige keine finanzielle Beteiligung mehr am Breitbandausbau. Hier seien 100.000 € einzusparen.

Die Freibäder machten ebenfalls einen hohen Kostenanteil aus. Ob die Eisbahn noch zeitgemäß und die Kosten im Verhältnis zu den Nutzenden stehen, hinterfragt er ebenfalls.

Das Projekt des Schulbaus in Asendorf sehe er jedoch als Investition in die Zukunft und begrüße das Vorhaben. Insgesamt könne die UWG dem Haushalt mehrheitlich jedoch nicht zustimmen. Dennoch bedankt sich Herr Tobeck für die gute und faire Zusammenarbeit.

#### FDP-Fraktion:

Herr Grafe schließt sich dem Lob an die Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Verwaltung an und betont das respektvolle Miteinander. Auch er sieht die von Bund und Land zugewiesenen Investitionspflichten in den kommenden Jahren herausfordernd. Er appelliert daher an die Fraktionen, sich an die Vertretungen ihrer Parteien in der Landesregierung zu wenden, um mehr Spielraum für die Kommunen zu erwirken.

Abschließend wünscht er sich, dass die konstruktive Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene beibehalten werde.

#### Die Partei:

Herr Hühne kritisiert die seiner Auffassung nach jährlich wiederkehrenden Haushaltsreden und fordert stattdessen konkrete Handlungen zur Verbesserung der Finanzsituation. Auch er macht den Kern der Probleme an der zunehmenden Investitionslast aus, die durch Bundes- und Landespolitik der Kommune aufgebürdet würden. Er fordert ebenfalls, die politischen Vertreter entsprechend zu sensibilisieren und auf die Probleme der Kommunen aufmerksam zu machen.

Die Haushaltssatzung, das Investitionsprogramm und der Stellenplan des Haushaltsjahres 2024 werden in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen ergebenden Änderungen beschlossen

**Ja: 25 Nein: 4 Enthaltungen: 0**

#### Punkt 12:

**Erlass einer Richtlinie für die Aufnahme von Krediten**

**Vorlage: SG-0175/24**

Der Rat der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen beschließt die der Beschlussvorlage beigefügte Richtlinie für die Aufnahme und Umschuldung von Krediten.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

#### Punkt 13:

**Neufassung des Gebührentarifs zur Benutzungs- und Gebührensatzung der  
Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen**  
**Vorlage: SG-0164/23**

Der Samtgemeinderat beschließt den überarbeiteten Gebührentarif zur Benutzungs- und Gebührensatzung der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen für Obdachlosenunterkünfte 2024 in der anliegenden Fassung.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

**Punkt 14:**  
**Versetzung in den Ruhestand**  
**Vorlage: SG-0165/23**

Herr Samtgemeindeoberamtsrat Volker Kammann wird mit Ablauf des 31.12.2024 in den Ruhestand versetzt.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

**Punkt 15:**  
**Beamtenrechtliche Maßnahme**  
**Vorlage: SG-0173/23**

Der Samtgemeindeamtsrat Hannes Homfeld wird zum 01. August 2024 zum Samtgemeindeoberamtsrat befördert.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

**Punkt 16:**  
**116. Flächennutzungsplanänderung (GE Graue)**  
**a) Beschluss über die Stellungnahmen gem. § 4(2) BauGB und der öffentlichen  
Auslegung**  
**b) Feststellungsbeschluss**  
**Vorlage: SG-0167/23**

a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.

b) Es wird der Feststellungsbeschluss für die 116. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht gem. § 6 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

**Punkt 17:**

## **115. Flächennutzungsplanänderung (Erweiterung Innenbereich Spraken)**

**a) Beschluss über die Stellungnahmen gem. § 4(2) BauGB und der öffentlichen Beteiligung**

**b) Feststellungsbeschluss**

**Vorlage: SG-0168/23**

a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.

b) Es wird der Feststellungsbeschluss für die 115. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht gem. § 6 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

**Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

### **Punkt 18:**

**Kriterien für die Errichtung von Freiflächen Photovoltaik Anlagen (FFPV)**

**Vorlage: SG-0180/24**

Herr Bormann berichtet, dass die Kriterien für die Errichtung von Freiflächen Photovoltaik Anlagen zwischen der Gemeinde Martfeld und der Samtgemeinde abgestimmt wurden. Der letzte Punkt zur vorgesehenen Begründung von 10 % der Flächen wurde dabei aus Zuständigkeitsgründen aus dem Beschluss der Samtgemeinde herausgestrichen. Dieses werde inhaltlich über den B-Plan der Gemeinde Martfeld festgelegt. Inhaltlich werde auch dieser Punkt von der Samtgemeinde so getragen und unterstützt.

Auch Frau Plate berichtet aus Martfeld, dass die Begründung der Fläche zu mindestens 10 % als Kriterium durch den Gemeinderat hinzugefügt wurde und in der Planung berücksichtigt werde.

Für die Errichtung von FFPV werden folgende grundlegende Kriterien festgelegt:

- Die Errichtung von FFPV soll nur auf Flächen möglich sein, die innerhalb des Flächenpotenzialkatasters des Landkreises Diepholz liegen.
- Es kommen nur Flächen für die Errichtung von FFPV in Betracht, die über eine Acker-/Grünflächenzahl von maximal 40 verfügen.
- Die Mindestgröße für eine FFPV soll 5 Hektar betragen. Eine Unterscheidung zwischen EEG und PPA Anlagen wird nicht vorgenommen.
- Die maximale Größe für eine FFPV soll 30 Hektar betragen.
- Der Zuwachs an FFPV soll auf maximal 30 Hektar pro Kalenderjahr begrenzt werden.
- Es sollen pro Kalenderjahr nur maximal zwei Bauleitplanverfahren für die Errichtung von FFPV durchgeführt werden.
- Ein Mindestabstand zu großen Siedlungsgebieten soll nicht festgelegt, sondern es soll im Einzelfall entschieden werden.

Im Rahmen der Einzelfallentscheidung soll anhand weiterer Kriterien geklärt werden, ob dem Antrag auf Errichtung einer FFPV zugestimmt wird. Dabei sollen u. a. der Naturschutz, die

regionale Wertschöpfung, der Städtebauliche Vertrag und die Art der Anlage bewertet werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach zwei Jahren eine Evaluierung durchführen. Im Rahmen der sich daraus abzuleitenden Erkenntnisse wird entschieden, ob die Kriterien gegebenenfalls überarbeitet werden sollen / müssen.

**Ja: 27 Nein: 0 Enthaltungen: 2**

**Punkt 19:**

**Annahme von Zuwendungen**

Herr Reich teilt mit, dass der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen folgende Zuwendungen zur Annahmemeitscheidung angeboten wurden:

1. Ein Sponsoring-Angebot von der AOK Niedersachsen, Hildesheimer Straße 273, 30519 Hannover, in Höhe von 6.000 Euro für den Wettlauf Mensch gegen Maschine.
2. Eine Geldspende von dem Förderverein Grundschule Schwarme, Stüringsweg 4, 27327 Schwarme, in Höhe von 3.000 Euro, für eine Woche Mitmachzirkus „El Dorado“ für die Grundschule Schwarme.

Der Samtgemeinderat stimmt der Annahme der Zuwendungen einstimmig zu.

**Punkt 20:**

**Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

**Punkt 21:**

**Anfragen und Anregungen**

Keine.

**Punkt 22:**

**Einwohnerfragestunde**

Ein Einwohner erkundigt sich, ob die Trägerschaft für ein regionales Versorgungszentrum mit einem Kredit in Höhe von rund 3.000.000 € sinnvoll sei oder nicht auch durch private Initiatoren umgesetzt werden könnte. Dazu weist Herr Bormann auf die Zuständigkeit des Rates des Fleckens Bruchhausen-Vilsen hin. Er erklärt, dass der Flecken dieses Vorhaben

umsetzen wolle, um die ärztliche Versorgung in der Region langfristig zu sichern. Dafür erhalte dieser zusätzlich auch Zuschüsse.

In einer zweiten Frage erkundigt sich der Einwohner danach, warum sich die Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf den Bereich Martfeld konzentrieren und ob die Vorgabe des Landkreises dazu bindend sei. Weiter erkundigt er sich nach einer Option einer dezentralen Verteilung.

Herr Bormann erklärt, dass das RROP des Landkreises Diepholz landwirtschaftlich genutzte Flächen berücksichtigt habe und bisher aus der Samtgemeinde nur in Martfeld geeignete Gebiete ausgewiesen wurden. Eine nachträgliche Änderung des RROP sei derzeit nicht zu erwarten. Trotzdem könne die Ausweitung der FFPV-Anlagen begrenzt werden.

Herr Oldenburg bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung.

Der Vorsitzende

Der Samtgemeindebürgermeister

Der Protokollführer